



KANTON

HARTE LINIE: Ein Kügeli-Dealer ist zu einer unbedingten Strafe verurteilt worden **SEITE 23**

REGION

WEINLAND: Das Projekt «Aussichtsturm Hochwacht» ist auf bestem Weg **SEITE 20**

REGION

BASKETBALL: Lehrer Albert Bangerter brachte den Sport ins Tal **SEITE 21**



Gespannt verfolgen Vertreter von Gemeinden und Bürgerorganisationen auf der Tribüne des Kantonsrats die Diskussion um das Pistenmoratorium. Bild: Peter Würmli

Parlament will keinen Deckel für Flugbewegungen

Der Kantonsrat will weder die Anzahl Flüge begrenzen noch den Lärm im Kanton Zürich verteilen. Er hat zwei Initiativen sehr deutlich abgelehnt.

ZÜRICH – Die Behördeninitiative 1 (BI1), die im Sommer 2006 eingereicht worden war (siehe Box), erlitt gestern im Kantonsrat Schiffbruch. Das Parlament verwarf sie mit 110 zu 60 Stimmen. Für die BI1 stimmten nur SP und Grüne sowie vereinzelt Kantonsräte von EVP, Grünen und EDU.

Der BI1 wurde zum Verhängnis, dass ihre Anliegen in leicht geänderter Form schon einmal diskutiert wurden, und zwar im Zusammenhang mit der Plafonierungs-Initiative. Am Ende stand damals der Zürcher Fluglärmindex (ZFI) plus. «Unter Missachtung des Volkswillens wird nun wieder eine Debatte über einen Plafond und Nachtruhezeiten angezettelt», ärgerte sich SVP-Sprecher Lorenz Habicher. Andere Kantonsräte betonten, die Zahl von 320'000 Flugbewegungen sei mit dem ZFI aufgenommen worden und so auf andere Weise im Gesetz verankert worden. Eine Nachtflugsperrung von 8 Stunden wäre zudem für den Hub Kloten und die internationale Fluggesellschaft Swiss gefährlich, wurde weiter argumentiert.

Die Plafonierung ist nun vom Tisch, denn auch ein Gegenvorschlag der Grünliberalen scheiterte mit 141 Nein zu 24 Ja bei 2 Enthaltungen. Die GLP wollte mit Hilfe der EVP einen Deckel bei 320'000 Flügen und einer Nachtruhe von 7 Stunden durchbringen.

Keine «faire Verteilung»

Wenig überraschend wurde auch die aus dem Tösstal stammende Volksinitiative «Fairflug» abgelehnt, die eine Verteilung des Fluglärms fordert. 161 Kantonsräte stimmten dagegen und nur 4 dafür; 3 enthielten sich der Stimme. Die Linken hielten die Initiative für nicht umsetzbar. Der Winterthurer CVP-Kantonsrat Willy Germann kritisierte, mit der Initiative würde kein Kapazitätsausbau verhindert. FDP-Präsident Beat Walti (Zollikon) nannte das Anliegen «widersinnig»: «Wir lenken den Schwerverkehr auch nicht durch Gemeinde- und Quartierstrassen.» Und Luzius Rüegg (SVP, Zürich) sagte, mit der Initiative würden mehr Leute mit Lärm belastet als heute, was dem Umweltrecht widerspreche. Trotz des wuchtigen Neins steht für das Initiativkomitee ein Rückzug «ausser Frage», wie es in einem Communiqué schreibt. *(RETO FLURY)*

Pisten: Kantonsrat sagt «Stopp»

Das Pistensystem in Kloten soll nicht mehr geändert werden. So will es der Kantonsrat. Ein Hauptargument: Bei einem Ausbau würde der Osten durch mehr Lärm belastet.

ZÜRICH – Die Westpiste 28 wird verlängert, mehr Anflüge erfolgen über den Osten und als Folge könnten die Südanflüge reduziert oder gar ganz abgeschafft werden. So malten sich einige Südschneiser die Zukunft des Flughafens Zürich aus. Und deshalb hatten sie im Vorfeld der gestrigen Sitzung intensiv gegen die Behördeninitiative 2 (BI2) gewebelt, die ein Pistenmoratorium verlangt (siehe Box).

Für mehr Sicherheit

Genützt hat es ihnen allerdings nichts. Im Kantonsrat setzten sich gestern jene Kräfte durch, die einen Pistenstopp wollen. Das waren vor allem Kantonsrätinnen und Kantonsräte der Mitte-links-Parteien. Das eine Hauptargument, das sie ins Feld führten, war die Planungssicherheit für die Flughafengemeinden. Heute wüssten die Gemeinden nicht, was auf sie zukome, sagte Priska Seiler Graf (SP, Kloten). «Für eine sinnvolle Raumplanung ist die Situation fatal.» Der Flughafen habe auch mit dem heutigen Pistensystem genügend Raum für ein Wachstum. Robert Brunner (Grüne, Stein-

maur) pflichtete ihr bei: «Wir brauchen ein Gleichgewicht von Flughafeninfrastruktur und Siedlungsinfrastruktur.»

Das zweite Argument war der Kapazitätsausbau beim Flughafen, der verhindert werden müsse, so die Befürworter. «Morgen schon würde ein



«Ein Nein zur Initiative würde als Ja für den Ausbau gelesen»

Benno Scherrer (GLP)

Nein zur BI2 als Ja für einen Pisten-ausbau gelesen», sagte Benno Scherrer (GLP, Uster). Für Peter Reinhard (EVP, Kloten) wäre es «naiv anzunehmen, ein Ausbau würde der Bevölkerung dienen. Eine Pistenverlängerung würde dazu dienen, den Osten mehr zu belasten.» In den Augen von Willy Germann (CVP, Winterthur) würde ein Pistenausbau die traditionelle Nordausrichtung des Flughafens hin-

tertreiben und den Deutschen in die Hände spielen.

Gegen einen Planungsstopp setzten sich Vertreter von SVP und FDP ein. Lorenz Habicher (SVP, Zürich) sprach von einem «Denkverbot», das keine Sicherheit schaffe. Dieser Meinung war auch Beat Walti (FDP, Zollikon). Das Verbot sei eine Absage an jede Entwicklung und Erneuerung des Flughafens, auch unabhängig von einem Kapazitätsausbau. Er fand die BI2 zudem unnötig. Denn gemäss Flughafengesetz werde ohnehin der Kantonsrat oder allenfalls das Volk über einen konkreten Pistenausbau abstimmen können.

Doch die Bürgerlichen sprachen nicht mit einer Stimme. Denn bei der Diskussion ging es auch stark um regionalpolitische Überlegungen. Vor allem bürgerliche Parlamentarier aus dem Norden, wo die Idee eines Moratoriums geboren wurde, scherten aus. So etwa Ursula Moor (SVP, Höri) oder Martin Mossdorf (FDP, Bülach). Ein Ausbau würde Arbeitsplätze vernichten und brächte mehr Lärm für Winterthur, das Töss- und das Limmattal sowie Teile der Stadt Zürich, sagte er.

Die Abstimmung war eine klare Sache: Der Stopp wurde mit 100 zu 64 bei 7 Enthaltungen angenommen. Bei SVP und FDP stimmten insge-

samt 12 Parlamentarier nicht mit der Fraktionsmehrheit, darunter die Freisinnigen Thomas Vogel (Illnau-Effretikon) und Dieter Kläy (Winterthur). Bei der SP stimmte Hartmuth Attenhofer nicht mit der Fraktion. Die Ent-



«Mit diesem Denkverbot wird keine Sicherheit geschaffen»

Lorenz Habicher (SVP)

haltungen kamen aus CVP (4), EVP (2) und SP (1).

Regierungsrätin Rita Fuhrer hatte vergeblich das Blatt zu wenden versucht. Die Initianten unterlägen einem Irrtum, sagte sie. Die Lärmbelastung sei eine Frage des Flugregimes und nicht der Pistenverlängerung. «Wenn der Regierungsrat die Initiative ablehnt, heisst das nicht, dass er die Piste verlängern will», sagte sie. Er wolle bloss die Option nicht heute schon ein für alle Mal ausschliessen.

Der Entscheid wird vors Volk kommen. Die Unterschriften für ein Kantonsratsreferendum sind gestern noch gesammelt worden. *(RETO FLURY)*

DAS MORATORIUM IN KÜRZE

Laut der Behördeninitiative 2 setzt sich der Kanton dafür ein, dass Neuer oder Ausbauten von Pisten auf dem Flughafen Zürich unterbleiben. Die Initiative wurde im November 2006 von 42 Gemeinden eingereicht. Der Kantonsrat hat sie im April 2007 mit 85 Stimmen vorläufig unterstützt. Über das Pistensystem wird immer wieder heiss diskutiert. Das Horrorszenario für die Gemeinden im Norden, die Parallelpiste, ist zwar offiziell vom Tisch. Doch über die Möglichkeit, die Ostpiste 10/28 zu verlängern, wird immer noch heftig gestritten. *(red)*

Erleichterung im Osten – Enttäuschung im Süden

«Der Kantonsrat hat ein klares Zeichen gesetzt», freut sich der Winterthurer Stadtrat Michael Künzle, Präsident der Interessengemeinschaft Region Ost. Das Nein zu Neu- und Ausbauten von Flughafenpisten komme zur richtigen Zeit, sagte er angesichts der SIL-Verhandlungen (Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt) in Bern. Die Flugvariante «J optimiert» mit verlängerter Ost- und Nordpiste dürfte laut Künzle vom Tisch sein. Diese von der Regierung und den flughafenfreundlichen Kreisen favorisierte Variante würde,

so Künzle, vor allem dem Osten und dem Norden mehr Lärm bringen.

Für den Bürgerprotest Fluglärm Ost sind «Pistenbauten endgültig vom Tisch», wie die Organisation etwas voreilig angesichts der bevorstehenden Volksabstimmung schreibt. Der Entscheid des Kantonsrates zeige, «dass unsere Demokratie nicht mit teuren Inseraten und Kampagnen gekauft» werden könne. Regierungsrätin Rita Fuhrer wird aufgefordert, die bittere Niederlage zu akzeptieren. Ähnlich sehen es die Bürgerinitiative Fluglärmsolidarität

und andere Organisationen im Norden, Osten und Westen.

Ganz anders ist die Einschätzung weiter südlich des Flughafens. «Der Entscheid stimmt mich nachdenklich», sagt Thomas Morf, Präsident des Vereins Flugschneise Süd-Nein. Er sei enttäuscht, dass sich der Kantonsrat für ein Denk- und Planungsverbot ausgesprochen habe. Das Komitee Weltoffenes Zürich vermisst beim Kantonsrat den Weitblick. Gerade in der jetzigen Krise setze die Initiative völlig falsche Signale und trübe die Perspektiven. *(tsz)*

WAS WOLLTEN DIE BEIDEN INITIATIVEN?

Der Kantonsrat hat gestern zwei Flughafengeschäfte abgelehnt:

■ **Behördeninitiative 1:** Der Kanton solle sich dafür einsetzen, dass in Kloten jährlich maximal 320'000 Flugbewegungen stattfinden. Die Nachtflugsperrung hätte 8 Stunden betragen. Das Anliegen ist nun erledigt.

■ **Volksinitiative «Fairflug»:** Der Kanton strebt eine «faire und ausgewogene Verteilung der Flugbewegungen» an. Die Initiative wurde von der Bürgerorganisation «Fluglärmsolidarität» eingereicht. Das Volk wird wohl im Herbst abstimmen. *(flu)*